

Abstract

Administrative Entscheidungen auf dem Gebiet des Immissionsschutzrechts, können zu Konflikten zwischen Bürgern, Politik, Verwaltung und Vorhabenträgern führen. Fraglich ist, ob die zur Verfügung stehenden formalen Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten im kodifizierten Immissionsschutzrecht einen Interessensausgleich gewährleisten können oder ob eine Konfliktlösung durch informelle Partizipation mittels Mediation im öffentlichen Bereich notwendig ist. Im Rahmen der Thesis wurde daher anhand eines Fallbeispiels das Konfliktlösungspotential formaler und informeller Partizipation im Immissionsschutzrecht untersucht.

Hierzu wurden zunächst die aktuell im Immissionsschutzrecht verankerten Möglichkeiten der Partizipation durch Öffentlichkeitsbeteiligung und Informationszugang im Land NRW unter Berücksichtigung ministerialer Erlasse dargestellt. Dabei wurden auch europarechtliche Vorgaben, das Störfallrecht, das UVP-Recht sowie Möglichkeiten des elektronischen Informationszugangs für die Öffentlichkeit einbezogen.

Im weiteren Verlauf der Masterarbeit wurde das Spannungsfeld zwischen Verwaltung, Umwelt, Wirtschaft und Sozialem, welches behördlichen Entscheidungsprozessen trotz möglicher Öffentlichkeitsbeteiligungen innewohnt sowie die Dynamik der Konflikteskalation betrachtet. Nachfolgend wurden Grundlagen, Technik und Ziele des nicht administrativen Konfliktlösungsprozesses der Mediation im öffentlichen Bereich geschildert.

Anhand eines konkreten Fallbeispiels und den Artikeln lokaler Medien wurden die Partizipationsformate auf ihr Konfliktlösungspotential hin untersucht. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass die unterschiedlichen Vorschriften, die eine verfahrensinterne Beteiligung der Öffentlichkeit vorsehen, über kein wesentliches Konfliktlösungspotential verfügen. Erreicht wird eine Konfliktbewältigung vielmehr über die Mediation im öffentlichen Bereich als nicht administrative Form der Partizipation.